



DAVID GALJAARD / «CONCRESCO», EIGENVERLAG

FOTO-TABLEAU: BUNKER IN ALBANIEN 4/5

Enver Hoxha überzog in den letzten Dekaden seiner Regierungszeit Albanien mit einem immer dichteren Netz von Bunkern – ein sinnloses und volkswirtschaftlich verheerendes Unterfangen. Der Fotograf David Galjaard, der diesen Bauten nachgegangen ist, hat aber nebst tristen Ruinen auch Beispiele kreativer Umnutzung gefunden: Gerne werden Bars, Imbissbuden oder Restaurants in den leeren Bunkern eröffnet, hier scheint jemand den Rundbau gleich ins Eigenheim integriert zu haben.

ZUSCHRIFTEN VON LESERINNEN UND LESERN

Vollgeldreform zur Kredit-Eindämmung

Auch wenn im Artikel «Währungs-Privatisierungen gegen Notenbank-Exzesse» (NZZ 1. 3. 13) viel Bedenkenswertes zu lesen ist, fordert er in einzelnen Punkten doch zum Widerspruch heraus: Einmal wird übersehen, dass bereits heute ein Wettbewerb zwischen den einzelnen Landeswährungen besteht. Zum anderen wird übersehen, dass es heute gar kein Geldschöpfungsmonopol der Notenbanken gibt, sondern dass ein Grossteil des umlaufenden Geldes, nämlich das Buch- oder Giralgeld, von den Geschäftsbanken geschaffen wird. Dies wird auch aus der Darstellung der Auffassungen von Ludwig von Mises deutlich: «Eine Ausweitung der Geldmenge durch die Vergabe von Bankkrediten, die nicht durch echte Ersparnisse gedeckt sind – so wie es im heutigen Kredit- und Papiergeldsystem der Fall ist –, führt zu Fehlentwicklungen und Krisen. Die Erhöhung der Geldmenge per Kredit ist nämlich nicht nur inflationär, weil die damit finanzierbare Nachfrage das Angebot an Ressourcen übersteigt... Die Folgen davon sind Fehlinvestitionen, Spekulationswellen, Boom-and-Bust-Zyklen und Überschuldung, welche zu einem Kollaps des Papiergeldsystems führen müssen», so die Theorie von Ludwig von Mises.

Zu verhindern wäre deshalb in erster Linie die Geldschöpfung der Geschäftsbanken – ihre Aufgabe sollte beschränkt werden auf die Vergabe von Krediten

aufgrund von Einlagen, Eigenkapital oder allenfalls aufgrund von Krediten der Notenbank. Die Geldschöpfung selbst sollte allein Sache der Notenbank sein. Es ist nicht das System des Papiergeldes an sich zu kritisieren, sondern die Tatsache, dass der grösste Teil des Geldes über die Kreditgewährung der Privatbanken geschaffen wird. Eine Vollgeldreform würde diesen Systemfehler korrigieren.

Reinhold Harringer, St. Gallen

Eltern sollen sich wehren

Tammy's Daycare, eine einzigartige Institution, die ihresgleichen sucht, soll geschlossen werden (NZZ 2. 3. 13). Richtlinien, die vorschreiben, wie viele Kinder in welchem Alter in welchem Raum betreut werden dürfen, sollen nun eine über 20 Jahre erfolgreiche Institution zu Fall bringen? Als ich vor 18 Jahren realisierte, dass ich neben unserem einjährigen Sohn nicht in der Lage war, meine Lizenzarbeit zu schreiben, suchte ich einen Teilzeit-Krippenplatz. Ich bekam mehrere Angebote mit einer minimalen Wartezeit von eineinhalb Jahren. Da fand ich Tammy, wo unser Sohn 10 bis 15 Stunden pro Woche verbringen konnte. Die Flexibilität des Daycare ermöglichte es, das Kind auch kurzfristig zu bringen oder abzuholen.

Bezahlt wurde nur die Zeit der Anwesenheit. Tammy habe ich als hervorragende Pädagogin kennengelernt, die es verstand, für die Kinder einen Ort der Geborgenheit und des Lernens zu schaffen. Die Kinder wurden nicht einfach nur gehütet, sondern der Tag wurde gestaltet, Rituale wurden gepflegt, Lieder gesungen und Kreisspiele gemacht, und ganz nebenbei wurde noch Englisch gelernt. Ich war vom hohen Niveau der Betreuung und des Engagements beeindruckt und konnte beruhigt meine Lizenzarbeit schreiben. Ich hoffe, dass sich die heutigen Eltern wehren, damit diese einzigartige Institution in Zürich erhalten bleibt.

Sandra Beriger, Zürich, Primarlehrerin und Entwicklungspsychologin

Prioritäten bei der Bahn

Ein «historischer Güterzug» ist entgleist (NZZ 1. 3. 13). Dieser Zug wurde zur idealen Zeit «auf die Piste geschickt», kurz vor der «Pendler-Rushhour» nämlich. Das weckt Fragen nach den Prioritäten bei der Vergabe der «Slots» auf dem dichtbefahrenen S-Bahn-Netz Zürich. Weitere Beispiele gelungener Prioritätensetzung? S 12, vorgesehene Abfahrt der Dreierkomposition 6 Uhr 22 nach Zürich. Sie bleibt 6 Minuten vor Winterthur stehen. «Aus betrieblichen Gründen», wie der Lautsprecher verkündet. Kurz bevor wir wieder anfahren, sehe ich den «betrieblichen Grund»: Ein Güterzug mit leeren Wagen zieht an uns vorbei in Richtung Frauenfeld.

Vor dem Heitersberg von Lenzburg Richtung Zürich im ICN um 17 Uhr. Der Zug hält. Es passieren: Ja – richtig, mehrere Güterzüge. Dann kommen wir. Zu Spitzenzeiten des Pendlerverkehrs. Der ICN erhält deswegen 10 Minuten Verspätung, und in Zürich ist die S 12 natürlich schon weg. Es ist zu hoffen, dass SBB-Personenverkehr und Cargo sich wieder zusammenfinden und die Zeitverteilung für Pendler und Güter vernünftig priorisieren.

Olivier Kappeler, Wiesendangen

Schuster, bleibt bei euren Leisten

Wann hören wir endlich damit auf, dass die Fluggesellschaft Swiss Weinflaschen und Rucksäcke verkauft – anstatt zu fliegen? Dass Shell Schokoladen und Lebensmittel verkauft – anstatt Benzin oder Vignetten? Dass die Post Papeteriewaren und Bücher verkauft – anstatt Briefe und Pakete pünktlich auszuliefern? Es gäbe viele weitere Beispiele – aber all diese Betriebe konzentrieren sich nicht mehr auf ihre ursprünglich versprochenen Dienstleistungen, sondern auf Nebengeschäfte! Das ist erschreckend.

Charles de Zurich, Zumikon

Transparenz in der Politik

Daten sind nur gut, wenn auch die Interpretation stimmt. Von Danny Bürkli und Jonathan Pärli

Glücklich, wer sich heutzutage auf der Seite der Transparenz weiss. Schliesslich liegt nie falsch, wer nur zeigt, was ist. Was «ist» wiederum, zeigt sich in Daten, die uns – Technologie sei Dank – in immer grösserem Ausmass als harte Zahlen und Fakten zur Verfügung stehen. Eine unlängst von «20 Minuten» veröffentlichte und vom «Tages-Anzeiger» aufgegriffene Rangliste derjenigen Nationalratsmitglieder, die, gemessen an ihren Smartvote-Profilen, die meisten Wahlversprechen gebrochen hätten, ist beispielhaft für diese problematische Transparenz- und Technologiegläubigkeit, die derzeit Konjunktur geniesst. Problematisch sind solche Analysen, wenn sie dort aufhören, wo sie eigentlich beginnen sollten: bei den methodisch aufbereiteten Daten. Soll das Zahlenmaterial Schlagzeilen wie «Und das sind die 20 unehrlichsten Nationalräte» oder «Die zehn wortbrüchigsten Nationalräte» stützen, gilt dies umso mehr. Die Belastbarkeit von Methode und Annahmen muss umso höher sein, je stärker die vermeintlich datengestützten Ergebnisse skandalisiert werden.

Stattdessen werden solche oder ähnliche Ranglisten oft darüber legitimiert, dass sie «nur» Transparenz schaffen wollen. Wie naiv dieses Mantra ist, lässt sich am «Gesagt-gegan-Index» exemplarisch darlegen. Die darin geschaffene Transparenz ist gezwungenermassen konstruiert und beruht – wie jede datengetriebene Schlussfolgerung – auf Annahmen und Verkürzungen. Was sind die konkreten Annahmen hinter einer errechneten «Wortbrecher-Rangliste»? Zum Beispiel, dass die Politik in der Schweizer Konsensdemokratie dann am besten funktioniert, wenn Parlamentarier möglichst selten ihre Position ändern. Weiter beruht die Auswertung darauf, dass jede Ja- oder Nein-Stimme zu einer Vorlage sich zwangsläufig mit der grundsätzlichen politischen Haltung des Ratsmitglieds zum Thema deckt. Was ist aber, wenn zwar die grundsätzliche Richtung einer Gesetzesänderung begrüsst, die konkrete Umsetzung aber als unzureichend erachtet wird?

Bricht nicht eher diejenige ihr Wort, die in einer derartigen Konstellation zustimmt, als derjenige, der Nein stimmt, um einen neuen, aus seiner Sicht besseren Anlauf zu nehmen? Politik ist im besten Fall eben nicht das sture Aufeinanderprallen vorgefertigter Meinungen, sondern ein kreativer Prozess, der Kompromisse zulässt. Es ist Teil der Übungsanlage, dass die Parlamentarierinnen und Parlamentarier dabei ihre Meinungen und auch ihr Stimmverhalten ändern müssen. Wann eine Positionsänderung maliziös oder opportunistisch ist, ist eine politische Frage. Sie muss im konkreten Fall und vor allem qualitativ beurteilt werden. Quantitative Erhebungen können helfen, sind gerade bei Wertungsfragen aber höchstens Hilfsmittel. Politjournalismus, der sich einen wissenschaftlichen Anstrich gibt, muss sich auch bewusst sein, dass solche Ranglisten-Statistik nicht nur zeigt, was ist (Transparenz), sondern selber auch Einfluss nimmt auf die Politik: Welche Parlamentsmitglieder, die sich dieses Jahr als die unehrlichsten gebrandmarkt sahen, wollen den Wortbruch-Index schon im nächsten Jahr wieder anführen?

Gewiss ist Transparenz oftmals richtig und wichtig, gerade in und für politische Institutionen. Es existiert indes kein Naturgesetz, dass Transparenz in jedem Fall zu besseren Prozessen und Resultaten führt. Der Ständerat zum Beispiel wird als «Dunkelkammer» kritisiert. Ob hier mehr Transparenz tatsächlich nur Vorteile mit sich brächte, ist fraglich. Das elektronische Erfassen des Stimmverhaltens im Ständerat würde bei Veröffentlichung den Bürgern ermöglichen, mitzuverfolgen, wie ihre Abgeordneten tatsächlich abstimmen. Auch peinliche Zählfehler könnten verhindert werden. Gleichzeitig interessieren sich auch Lobbygruppen dafür, wie «ihre» Politiker zu stimmen pflegen. Offenlegung ermöglicht das Überprüfen, aber je nach Kontext auch Kontrolle und unerwünschte Einflussnahme auf Entscheidungen. Diese einfache Erkenntnis darf auch ob der Rede von «Open Government» oder Datenjournalismus nicht unter den Tisch fallen. Transparenz ist nur so gut wie ihre Einpassung in den jeweiligen Kontext – und Daten sind nur so gut wie ihre Interpretation.

Danny Bürkli steht vor seinem politikwissenschaftlichen Master-Abschluss an der Stanford-Universität in Kalifornien, Jonathan Pärli macht seinen Master in allgemeiner Geschichte und öffentlichem Recht an der Universität Zürich.

Der ehrlichere Weg

Carl von Clausewitz hat geschrieben, der Krieg sei die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Umgekehrt könnte man sagen, die Politik sei ein Krieg mit viel raffinierteren, subtileren Mitteln. So kommt es einem jedenfalls vor, wenn man die Vorschläge des Bundesamts für Gesundheit für eine Rückversicherung für teure Behandlungen vernimmt. Dabei ist die Idee nicht neu: Vor 40 beziehungsweise 50 Jahren gab es – jedoch ohne politische Hintergedanken – eine spezielle Versicherung für Tuberkulosefälle. Deren Behandlung erforderte damals einen mehrmonatigen Sanatori-

umsaufenthalt, eine Langzeitbehandlung mit teuren Tuberculostatica und engmaschige radiologische und bakteriologische Kontrollen, welche das finanzielle Gleichgewicht der Krankenkassen bedrohten.

Wenn man klar definierte Therapien wie zum Beispiel von akuten Leukämien, Langzeitdialysen oder Organtransplantationen mit lebenslanger Nachbehandlung durch eine Rückversicherung finanzieren würde, könnte man nicht um Limiten in Frankenbeträgen feilschen und sie möglichst tief ansetzen, damit das politische Ziel einer sozialen Einheitskasse auf dem Weg durch die Hintertüre erreicht wird.

Valentin Audétat, Ch...

AN UNSERE LESERINNEN UND LESER

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbrief
NZZ-Postfach
8021 Zürich, Fax 044 252 13 29
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch